

Situation zur 19. bis 23. Aufgabe

Arbeitsrecht ist ein Schutzrecht für Arbeitnehmer, das sich in einer Vielzahl von arbeitsrechtlichen (Schutz-)Gesetzen widerspiegelt. Der Schutz des wirtschaftlich Schwächeren ist auch charakteristisches Kennzeichen der sozialen Marktwirtschaft.

19. Aufgabe

Das Kündigungsschutzgesetz soll den Arbeitnehmer nicht schutzlos lassen im Falle einer Kündigung. Welche Aussage hierzu ist richtig?

- 1 Ziel des Gesetzes ist es, dem Arbeitnehmer in jedem Fall den Arbeitsplatz zu erhalten und sein Einkommen zu sichern.
- 2 Das Gesetz schützt nur bei einer außerordentlichen, nicht aber bei einer ordentlichen Kündigung.
- 3 Bei Kleinbetrieben unter 25 Arbeitnehmern ohne die Auszubildenden findet das Kündigungsschutzgesetz keine Anwendung.
- 4 Jeder Arbeitnehmer kann sich vom ersten Tag der Beschäftigung auf den Kündigungsschutz berufen.
- 5 Das Kündigungsschutzgesetz soll den Arbeitnehmer vor sozial ungerechtfertigten, willkürlichen Kündigungen schützen.

20. Aufgabe

Unter bestimmten Voraussetzungen kann ein Arbeitsverhältnis auch außerordentlich (fristlos) gekündigt werden.

Welche **beiden** sind es?

- 1 Arbeitsbummelei
- 2 Häufiges Zuspätkommen
- 3 Wiederholt schlechte Arbeitsleistungen
- 4 Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen
- 5 Diebstahl von betrieblichem Eigentum

21. Aufgabe

Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit der allgemeine Kündigungsschutz nach dem Kündigungsschutzgesetz für einen Arbeitnehmer zur Anwendung kommt? (2 Lösungen)

- 1 Das Kündigungsschutzgesetz setzt zwingend den Betriebsrat voraus.

22. Aufgabe

Das Arbeitsrecht ist in einer Vielzahl von Gesetzen geregelt. Ordnen Sie die entsprechenden Ziffern der Arbeitsgesetze den Sachverhalten zu:

Zu prüfende Sachverhalte

Arbeitsgesetze

- | | | |
|---|-------------------------------------|-----------------------------|
| a) Weitergehender Urlaubsanspruch jugendlicher Arbeitnehmer | <input type="checkbox"/> | 1 Betriebsverfassungsgesetz |
| b) Nachwirkender Kündigungsschutz für Betriebsräte | <input type="checkbox"/> | 2 Jugendarbeitsschutzgesetz |
| c) Gesetzlicher Mindesturlaub | <input type="checkbox"/> | 3 Mutterschutzgesetz |
| d) Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten | <input checked="" type="checkbox"/> | 4 Bundesurlaubsgesetz |
| e) Personen-, verhaltens- und betriebsbedingte Kündigung | <input type="checkbox"/> | 5 Kündigungsschutzgesetz |
| f) Verbot der Akkordarbeit für Schwangere | <input type="checkbox"/> | |

23. Aufgabe

Mit dem Mutterschutzgesetz will der Gesetzgeber einen ausgewählten Personenkreis vor den Gefahren am Arbeitsplatz schützen.

Welche **beiden** Bestimmungen gehören dazu?

- 1 Schwangere dürfen nur mit Akkordarbeiten beschäftigt werden, wenn sie es ausdrücklich wünschen.
- 2 Schwangere dürfen die letzten acht Wochen vor und die ersten sechs Wochen nach der Entbindung nicht beschäftigt werden.
- 3 Möchte eine Schwangere trotz des Beschäftigungsverbots in den letzten Wochen vor ihrer Entbindung beschäftigt werden, kann sie das tun.
- 4 Einer Schwangeren soll der Arbeitsplatz erhalten bleiben. Ihr darf daher nicht ordentlich gekündigt werden.

Erläuterungen und Lösungen

19. Aufgabe

Lösung: 5

Für den Arbeitnehmer stellt der Lohn oder das Gehalt oft die einzige Einnahmequelle dar. Der Gesetzgeber versucht, mit dem Kündigungsschutzgesetz den Arbeitsplatz zu erhalten. Das Gesetz soll den Arbeitnehmer aber nur vor einer willkürlichen, sozial nicht gerechtfertigten Kündigung schützen.

20. Aufgabe

Lösung: 4, 5

Nur bei schwerwiegenden Handlungen eines Arbeitnehmers, wie z.B. Diebstahl, Verrat von Betriebsgeheimnissen, schwerem Vertrauensbruch, kann der Arbeitgeber ein Arbeitsverhältnis auch ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Es handelt sich dabei um eine außerordentliche/fristlose Kündigung.

21. Aufgabe

Lösung: 2, 5

Die im Kündigungsschutzgesetz genannten Voraussetzungen zur Anwendung des Gesetzes sind:

- Das Arbeitsverhältnis des zu kündigenden Mitarbeiters muss länger als 6 Monate ununterbrochen bestanden haben.
- Der Betrieb muss mehr als 10 Arbeitnehmer haben.

22. Aufgabe

Lösung: a) 2; b) 5; c) 4; d) 1; e) 5; f) 3

23. Aufgabe

Lösung: 3, 4

Zum Beschäftigungsverbot: **Sechs** Wochen vor und **acht** Wochen nach der Entbindung wird eine Schwangere von der Arbeit freigestellt. Auf ihren eigenen, jederzeit widerrufbaren Wunsch hin kann sie aber vor der Entbindung weiterhin arbeiten.

Schutz der Arbeitnehmer

Dieser ist in einer Vielzahl von Gesetzen geregelt:

Kündigungsschutz

Schutz vor willkürlicher, sozial nicht gerechtfertigter Kündigung

Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall

= Weiterzahlung des Lohns bei unverschuldeter Krankheit

Bundesurlaubsgesetz

Regeneration der Arbeitskraft

Jugendarbeitsschutz

Schutz des jugendlichen Arbeitnehmers/Auszubildenden

Mutterschutz

Schutz der Schwangeren und des Kindes

Arbeitszeitschutz

Festlegung von Höchstzeiten bei der Beschäftigung